

RAT DER STADT BIELEFELD

Auszug
aus der Niederschrift
der Sitzung vom 14.09.2023

Zu Punkt 17
(öffentlich)

Gemeinsame Erklärung zum Neubau der ICE-Trasse Bielefeld und Hannover

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 5999/2020-2025

Herr Rörig berichtet aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses (StEA) am 13.09.2023, dass die CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (Drucks. 6764/25020-2025) folgenden Änderungsantrag gestellt habe: Unter Ziffer 4 werde das Wort „...strenge...“ durch die Worte „...detaillierte rechtliche...“ ersetzt. Unter Berücksichtigung dieser Änderung habe der StEA den Antrag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen. Dieser Beschluss ersetze den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Rörig erläutert den gemeinsamen ersetzenden Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (Drucks. 6764/2020-2025) und betont, dass die Stadt Bielefeld eine andere Rolle habe als die umliegenden Gemeinden. Der spezielle Vorteil für Bielefeld sei ein leistungsfähigerer ICE-Halt mit schnelleren Verbindungen und letztlich einer größeren Lebensqualität für die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger.

Herr Seifert begründet einerseits die Ablehnung der FDP-Fraktion des Beschlussvorschlags der Verwaltungsvorlage und andererseits die Zustimmung zum ersetzenden Änderungsantrag der Koalition. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass seine Fraktion bei solchen Themen die Zusammenarbeit anbiete und sich eine Einbeziehung wünsche.

Herr Kneller stellt die Zustimmung der AfD-Ratsgruppe zum Änderungsantrag der Koalition in Aussicht. Dennoch kritisiere er die vorbereitenden Beratungen dazu im Stadtentwicklungsausschuss (StEA), in denen sich die Koalition zum Teil selbst widersprochen habe bei geografisch nebeneinanderliegende Gebiete der L 712n und der ICE-Trasse.

Herr Gugat erklärt, dass er den Antrag der Koalition aufgrund der mit der Trasse verbundenen massiven Eingriffs in die Natur ablehnen werde. Für die Fahrplanabweichungen gebe es unterschiedliche Ursachen und vielleicht gebe es Alternativen, die Züge zu beschleunigen und optimal zu nutzen, ohne einen solchen Eingriff in die Natur. Insofern warne er vor den Festlegungen in Ziffer 1 des Änderungsantrages.

Herr Dr. Lange berichtet, dass auch die CDU-Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen werde und eine Modernisierung der Mobilität vor Ort unterstütze. Er bittet gleichzeitig darum, dass die Politik zukünftig vor einem Beschluss der Verwaltung für ein Verfahren in dieser Dimension die Ein-

schätzung der politischen Gremien einhole.

Herr Vollmer weist darauf hin, dass im Antrag aus Respekt zu den Entscheidungen der umliegenden Gemeinden bewusst nicht über Neubau- oder Ausbaustrecken entschieden worden sei. Außerdem seien die Fahrplanabweichungen für den Deutschlandtakt nicht relevant, dieser solle den Regional- und den Fernverkehr gleichtakten.

Herr Hallau weist darauf hin, dass die Einladung des Landrates Herford zur Herforder Erklärung ohne Möglichkeit einer Vorbesprechung erfolgt sei und Herr Beigeordneter Adamski zu Recht erklärt habe, dass er ohne die Zustimmung der politischen Gremien in Bielefeld keine Entscheidung treffen könne. Zu den Ausführungen von Herrn Kneller weist er darauf hin, dass die beiden genannten Gebiete geografisch nicht nebeneinanderlägen.

Sodann bittet Herr Oberbürgermeister Clausen um Abstimmung über den ersetzenden Änderungsantrag der Koalition (Drucks. 6764/2020-2025). Unter Berücksichtigung der genannten Änderungen fasst der Rat folgenden, vom Beschlussvorschlag abweichenden

Beschluss:

1. Die Stadt Bielefeld unterstützt das Ziel, einen Deutschlandtakt für Fern- und Regionalverkehre einzuführen.
2. Die Stadt Bielefeld begrüßt Planungen einer leistungsfähigen, überregionalen ICE-Verbindung u.a. zwischen Hamm, Bielefeld und Hannover. Sie nimmt an einem transparenten, offenen Dialog zur Erreichung einer ergebnisoffenen Planung dieser ICE-Verbindung teil.
3. Die Stadt Bielefeld fordert eine deutliche Berücksichtigung der Anforderungen des S-Bahn-, Regional- und Güterverkehrs. Die ICE-Strecke Hamm-Bielefeld-Hannover ist so auszubauen, dass der Regionalverkehr eine optimale Zubringerfunktion zum ICE-Halt Bielefeld erbringen kann.
4. Die Stadt Bielefeld fordert eine detaillierte rechtliche Berücksichtigung aller Aspekte des Klima-, Natur-, Wasser- und Landschaftsschutzes, insbesondere im Hinblick auf die Johannisbachaue.
5. Die Stadt Bielefeld wünscht einen intensiven Dialog über die zukünftige Gestaltung des Hauptbahnhofes Bielefeld und der Berücksichtigung der Verknüpfung von Fern-, Regionalverkehr und S-Bahn.
6. Die Stadt Bielefeld setzt sich dafür ein, dass der Bielefelder Hauptbahnhof als moderner, leistungsfähiger Knotenpunkt gestaltet wird.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -